

- 1 -
Worauf es ankommt

Nachwort zu den deutsch-französischen Konsultationsgesprächen

sp - In der Bundesrepublik neigen wir oft dazu, auch unter schwierigen Umständen Erreichtes wieder zu zerreden. Fast könnte man dies auch zu einigen Bemerkungen über das Ergebnis der deutsch-französischen Konsultationen in der vergangenen Woche sagen. Niemand hatte vorher erwartet, die französische Regierung werde in Bausch und Bogen akzeptieren, was die Bundesregierung und die übrigen EWG-Partner bisher an Vorschlägen zur Erweiterung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft seit 1963 entwickelt hatten. Dies um so weniger, als man noch zehn Tage vor Beginn der letzten Pariser Konsultationsgespräche befürchten mußte, de Gaulle werde seine bisherige Haltung zu den Aufnahmeanträgen Großbritanniens, Norwegens, Irlands und Dänemarks ohne Einschränkung noch einmal bestätigen. Das ist nicht geschehen, und wenn man auch nicht behaupten kann, de Gaulle hätte seine Vorbehalte ganz aufgegeben, so darf wohl mit Fug und Recht gesagt werden, die französischen Gesprächspartner haben nichts getan, was das europäische Einigungswerk selbst und die Erweiterung der EWG im Augenblick blockieren könnten.

Wer Illusionen hatte, mag von diesen Ergebnis enttäuscht sein. Wer jedoch die gesamteuropäische Situation - auch unter Berücksichtigung der Ost-West-Spannungen - realistisch einschätzt, und wer sich jemals darüber Gedanken gemacht hat, wie Europa ohne eine gute Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich aussehen würde, kann jetzt mit etwas mehr Optimismus der weiteren Entwicklung entgegenschauen als noch vor wenigen Wochen.

Um dies sagen zu können, muß man sich vergegenwärtigen, daß sich das europäische Einigungswerk schon seit längerer Zeit in einer latenten Krise befand. Neben den rein wirtschaftlichen Überlegungen spielen eine Reihe politischer Fragen eine Rolle, die das Verhältnis des Europa der Sechs zu den beitragswilligen europäischen Staaten nicht immer klar übersichtlich erkennen ließen. Nachdem General de Gaulle in der vergangenen Woche zu verstehen gegeben hat, Frankreich werde - falls nicht überraschende Ereignisse eintreten - nicht die Atlantische Allianz verlassen, sind bei einigen der beitragswilligen Länder auch gewisse politische Reserven gegenüber der Haltung Frankreichs geringer geworden. Dies läßt sich deutlich den Äußerungen skandinavischer Staatsmänner und auch offizieller britischer Stellen entnehmen.

Selbstverständlich sind auch jetzt noch nicht alle Schwierigkeiten beseitigt. Aber der Beschluß, daß schon am 29. Februar der EWG-Ministerrat die bis dahin von der Bundesregierung entwickelten Verfahrensweisen zur Erweiterung der EWG diskutieren werde und daß jetzt schon im Einvernehmen mit den beitragswilligen Staaten erleichterte Handelsbeziehungen, die GATT-konform sein müssen, festgelegt werden sollen, kann positiv gewertet werden.

Es kam darauf an, das europäische Einigungswerk aus seiner Stagnation zu befreien und das ist geschehen.

Hispano-Aktivitäten

Was ein Jurist und ein Beamter wissen müßten

Von Irene Maier

Die Tatsache, daß der Bonner Hispano-Suiza-Anwalt Protokolle der Sitzungen des HS 30-Untersuchungsausschusses von dem Ausschuß-Sekretär verlangt und erhalten hat, erregt die Öffentlichkeit mit Recht. Wenn nun derselbe Anwalt in der Öffentlichkeit verbreiten läßt, er könne keine Vor-schrift, die dies verbiete und damit nun auch noch den Schein der Rechtmäßigkeit für eine derartige Einmischung in das Untersuchungsverfahren zu erwecken sucht, so ist dies schlicht eine Umkehrung des rechtlichen Tatbestandes.

Das parlamentarische Untersuchungsverfahren kennt nur Zeugen, keine Beschuldigten. Der Untersuchungsausschuß hat kein Strafurteil zu fällen, sondern einen Sachverhalt aufzuklären und dem Bundestag Empfehlungen zu geben. Artikel 44 des Grundgesetzes schreibt vor, daß die Regeln der Strafprozeßordnung sinngemäß auf dieses Verfahren anzuwenden sind. Das Recht der Einsichtnahme in Akten der ermittelnden Organe ist aber nach der Strafprozeßordnung nur aufgrund besonderer gesetzlicher Vorschriften zulässig. Ein solches Recht hat der Zeuge nach der Strafprozeßordnung nicht. Er muß das aussagen, was er von einer Sache tatsächlich weiß. Der Inhalt der Ermittlungsakten geht ihn nichts an.

Richtig ist also, daß es keine gesetzliche Vorschrift gibt, die das Vorgehen zuläßt, das der Hispano-Anwalt eingeschlagen hat, um sich Einblick in die Untersuchungsakten des Bundestages zu verschaffen. Grundgesetz und Strafprozeßordnung sind das tägliche Handwerkszeug des Juristen. Diese nicht zu kennen, sollte ein Anwalt nicht öffentlich behaupten. Dasselbe gilt übrigens auch für den Ausschuß-Assistenten. Er ist Beamter und auf die Einhaltung von Recht und Gesetz verpflichtet. Es wäre seine Dienstpflicht gewesen, den Hispano-Anwalt auf diese Rechtslage hinzuweisen, anstatt sich zum willfährigen Werkzeug der Interessen eines Zeugen machen zu lassen, der eine der Hauptrollen - und zwar von Anfang an - bei den Vertragsverhandlungen über das Schützenpanzergeschäft gespielt hat. Die Berufung auf eine angebliche Anweisung seines Ausschußvorgesetzten nützt ihm dabei nichts, denn selbst wenn es eine solche gegeben hätte, könnte diese sein gesetzwidriges Handeln nicht entschuldigen.

Der schweizerische Rüstungskonzern wäre gut beraten gewesen, wenn er bei dem anhängigen Untersuchungsverfahren auch nur den Anschein einer Einflußnahme vermieden hätte. Daß dies nicht so ist und in der Öffentlichkeit der Eindruck entstand, daß die Firma auch jetzt versucht, Kontakte mit dem Ausschuß-Sekretariat zu halten, Einblick in die Untersuchungsakten sich zu verschaffen und durch Stellungnahmen Einfluß auf das Verfahren zu nehmen, muß selbst bei dem, der den Beschuldigten mit Vorbehalt gegenübersteht, die Überzeugung aufkommen lassen, hier hätten die Firma und solche, die gleichgelagerte Interessen haben, etwas zuzudecken. Denn warum sonst diese Aktivität hinter und vor den Kulissen?

+ + +

Hüben und drüben

SPD-Abgeordnete in Griechenland

"Berichterstattung" in West und Ost

H.B. - Bekanntlich haben im Auftrag der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion in der vergangenen Woche vier Abgeordnete Griechenland einen politischen Informationsbesuch abgestattet. Es soll noch nichts über die Ergebnisse der Visite in Athen gesagt sein, sondern lediglich aufgezeigt werden, was aus dem gleichen Tatbestand hüben und drüben, hier und im anderen Teil Deutschlands, gemacht wird.

Am 13. Februar berichtete die "Frankfurter Rundschau" aus Bonn:

"Eine Beobachter-Gruppe von vier SPD-Bundestagsabgeordneten ist am Montag im Auftrag des SPD-Partei Vorstandes nach Griechenland abgereist. Es handelt sich um die Abgeordneten Adolf Arnadt, Apel, Faller und Mattick. Wie Apel der "Frankfurter Rundschau" mitteilte, werden die Parlamentarier unter anderem mit dem Chef der Athener Militär-Regierung, Papadopoulos, mit Innenminister Patakos und dem jetzigen Wirtschaftsminister und früheren langjährigen griechischen Militärattaché in Bonn, Makarezos, zusammentreffen.

Die Delegation hofft, in Griechenland auch einige Gefangenenlager, in denen Gegner des Regimes seit Monaten festgehalten werden, besichtigen zu können. Im Reisegepäck der Gruppe befindet sich eine Liste mit Namen von Inhaftierten, deren Freilassung die SPD-Abgeordneten verlangen wollen."

Die Leser des "Neuen Deutschland", des Zentralorgans der kommunistischen SED, bekamen dagegen am gleichen Tag folgende Meldung vorgesetzt:

"Um die Kontakte zwischen Bonn und der Athener Militärjunta auszubauen und Notstandspraktiken am Objekt zu studieren, ist am Montag eine Gruppe SP-Bundestagsabgeordneter nach Griechenland abgereist."

Wir meinen: Hier ist jeder Kommentar überflüssig.

+ + +

Moskaus Zielrichtung - östliches Mittelmeer

"Als Geschenk 10.000 Türken"

Von Hans Peter Rullmann, Belgrad

In Rasgrad, einer Stadt mit 23.000 Einwohnern zwischen der Donau und dem bulgarischen Balkengebirge, die sich heute höchstens durch eine große Fabrik zur Erzeugung von Antibiotika auszeichnet, soll einst so will es die Fabel, der römische Kaiser Decius von den Goten getötet worden sein; das war der Anfang vom Ende eines großen Reiches. Die Nachkommen eines anderen Erobererstaates leben hier heute noch - Männer, die bei ihren Zusammenkünften, "oda muhabbeti", noch immer, von "tumbek" und "silli masi" begleitet, ihre alten Lieder singen, Frauen die, von den Dogmen des Islam im engen Kreis ihres Hauses eingeschlossen, ihre Seelenregungen und Kummernisse wie einst und je dem Webstuhl und dem Stickrahmen anvertrauen, junge Burschen, die ihre Bräute "zur Gesundheit" auf die traditionelle "Mädchenschaukel" stellen - Türken in Europa, in Bulgarien rund 750.000 an der Zahl.

Sie werden von zahllosen kommunistischen Funktionären und 560 islamischen Geistlichen umworben, aber dennoch können sie nicht vergessen, daß ihre eigentliche Heimat jenseits der Grenzen liegt. Vor dem Zweiten Weltkrieg machten 125.000 Turkbulgaren vom Recht auf Umsiedlung in die Türkei Gebrauch, in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg weitere 26.000. Dann ging der Eisenerne Vorhang nieder, und die Kommunisten versuchten der Welt zu beweisen, daß die Türken Bulgariens gar kein Interesse daran hätten, ihr Geburtsland und die "sozialistischen Errungenschaften" zu verlassen, um dorthin zurückzukehren, wo nach den Worten des auch heute noch amtierenden bulgarischen Partei- und Regierungschefs Todor Schiwkoff noch immer "die grausame kapitalistische Ausbeutung, Arbeitslosigkeit, Unwissenheit und Krankheit" herrschten.

Zwar sah auch die Türkei mit jährlich 400.000 zusätzlichen Menschen, die auf den dortigen Arbeitsmarkt drängen, einige Schwierigkeiten, die Volksgenossen aus Bulgarien aufzunehmen, aber in Wirklichkeit waren es die Bulgaren, die ihre eigenen Türken bezichtigten, "Köder der reaktionären Propaganda aus Ankara zu schlucken".

Im letzten Sommer jedoch kam es vor den Photographenläden von Rasgrad zu einem überraschenden Gedränge, denn unter den dort lebenden Türken hatte sich die Nachricht verbreitet, beim vorangegangenen Besuch des türkischen Außenministers Caglayangil in Sofia sei auch über ihr Schicksal entschieden worden. Bulgarien, so flüsterte man einander zu, sei bereit, den Türken die Auswanderung zu ermöglichen - nur, es gäbe nicht genügend Formulare. Wer jetzt schnell sei, habe die größeren Chancen.

Natürlich war an diesem Gerücht nur ein Krümmchen wahr, nämlich die Tatsache, daß schon im Februar 1967 in Sofia Verhandlungen über

die Repatriierung von 23.000 Türken aus Bulgarien verhandelt worden war und daß der türkische Außenminister eine günstige Entwicklung der türkisch-bulgarischen Beziehungen im Mai desselben Jahres von der Freilassung der auswanderungswilligen Türko-Bulgaren abhängig gemacht hatte. Aber bis Jahresende geschah dann überhaupt nichts mehr, und sicher wären die im Sommer gemachten Lichtbilder in den Schränken von Rasgrad wieder vergilbt, wenn sich Todor Schiwkoff nicht eines Besseren besonnen hätte: Bei seinem bevorstehenden Besuch in Ankara will er den Türken 10.000 seiner Türko-Bulgaren zum Geschenk machen.

Das Überraschende Entgegenkommen Bulgariens ist auf einen grundsätzlichen Wandel in den Beziehungen zwischen Ankara und den kommunistischen Staaten etwa seit 1964 zurückzuführen, als sich in der Türkei starke Enttäuschung über die Haltung der Amerikaner und der NATO in der Zypernfrage ausbreitete. Schon im November desselben Jahres reiste der damalige türkische Außenminister Erkin nach Moskau, wo er unter anderem von Premier Kossygin empfangen wurde. Die Sowjets revanchierten sich nicht nur durch hohe Gegenbesuche, sondern auch materielle Angebote. Sie bewilligten der Türkei unter anderem einen Kredit zum Bau eines Aluminiumkombinats mit einer Kapazität von 60.000 Tonnen dieses begehrten modernen Baumaterials, einer Raffinerie mit einer Kapazität von 3 Millionen Tonnen Erdöl jährlich, boten den Türken ein Wärmekraftwerk an, ein Eisen- und Stahlwerk, drei Textilfabriken, den Bau der Untergrundbahn in Istanbul, eine Modernisierung der von den Russen während der 30er Jahre gebauten anderen Fabriken, den gemeinsamen Bau eines Staudamms am einstmalig hart umkämpften Grenzfluß Arpatschari, einige Glasfabriken und 5 Tupolew-Düsenflugzeuge zum halben Preis, vergleicht man ihn mit entsprechenden westlichen Angeboten. Nach sowjetischen Äußerungen soll die Hilfe für die Türkei etwa denselben Umfang erreichen wie Moskaus Unterstützung für Afghanistan.

Die Stoßrichtung dieser Politik, die selbst in der Zypernfrage unehrlich ist, da die Tschechoslowakei lange Zeit Makarios mit Waffen belieferte, ist eindeutig: Es geht um die Dardanellen und das östliche Mittelmeer, in den sich vor allem nach Ausbruch des bewaffneten Konflikts im Nahen Osten starke sowjetische Marineeinheiten festgesetzt haben, die nach jugoslawischen Nachrichten bald noch durch einen der beiden ersten sowjetischen Flugzeugträger ergänzt werden sollen. Defenciv bedeutet die Beherrschung des östlichen Teils des Mittelmeers für die Sowjetunion größeren Schutz vor amerikanischen "Polaris"-Raketen, aggressiv Einfluß nicht nur auf die Ereignisse im Nahen Osten, sondern auch in Griechenland, Jugoslawien, Albanien und Italien.

Diesem Ziel sollen nun auch noch 10.000 türkische Bulgaren geopfert werden, wenn Schiwkoff demnächst die Türkei besuchen wird. Tauschenaustausch im Spiel der großen Politik.